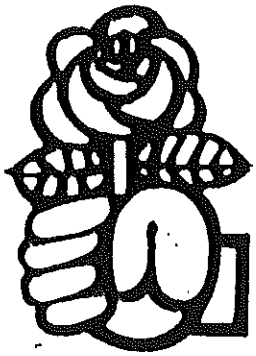
VORAN
Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Hansaring 4
5000 Köln 1
0221/134504

1,-DM



INFO-DIENST Nr. 15 (8/92)

-Rassistischer Terror in Rostock

-Kapitulation der SPD-Führung bei Asyl und Bundeswehreinsatz

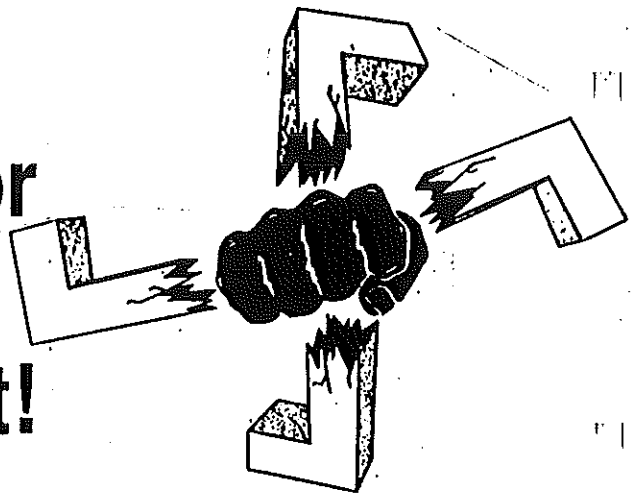
vor dem Hintergrund der Ereignisse in Rostock müssen wir sowohl in der Öffentlichkeit als auch innerparteilich aktiv werden. Zeigt in der Öffentlichkeit Flagge gegen die rassistischen Terroristen. Verhindert, daß die SPD-Führung ihre skandalöse Kapitulation in Sachen Asylrecht und weltweite Bundeswehreinsätze durchziehen kann. Die Parteiführung weiß sehr wohl, daß sie sich damit im Gegensatz zu Parteiprogramm, -Beschlüssen und zur Meinung der aktiven Basismitglieder befindet. Wenn sie jetzt versucht, sich darüber hinwegzusetzen, dann kalkuliert sie mit Frust und Resignation der Basis. Tut ihr den Gefallen nicht! Zieht Euch nicht zurück, sondern kämpft gegen diesen Versuch zur Kehrtwende. Mit diesem Info-Dienst schicken wir Euch dazu Materialien und Aktionsvorschläge.

Material:
- Muster-Protestresolution an SPD-Vorstand und Fraktion, zum Einbringen in Ortstvereine, SPD-UB-Gremien
- Stellungnahme zu den Ereignissen in Rostock, als Pressemitteilung, Flugblatt etc. verwendbar
- Antrag an Juso-Gremien zur Durchführung einer bundesweiten Kampagne gegen den Schwenk der SPD-Spitze
- Stellungnahme der europäischen "Jugend gegen Rassismus"-Kampagne zu den Ereignissen in Rostock
- Material/Artikel zur Frage Bundeswehreinsätze und Asyl (weiteres kann bei der Redaktion bestellt werden).

Aktionsvorschläge:
- Öffentliche Veranstaltung zu Rassismus/ Rostock
- Info-Stände, Unterschriftsammlung, Mobilisierung für die europaweite Demo in Brüssel am 24.10. und Ansprechen von Interessenten, sich mit uns gegen Rassismus zu aktivieren
- Pressemitteilung, mit scharfem Protest gegen SPD-Umfall
- Örtliche Demos, Protestaktionen gegen Rassismus/ Unterstützung des Schutzes von Asylbewerber-Heimen

Bitte berichtet uns über Aktionen und verabschiedete Anträge, damit wir dies in VORAN dokumentieren können.

Rassistischer Terror in Rostock - Vom Staat geduldet!



Die Mordanschläge auf das Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen stellen eine neue Stufe in der Entwicklung rassistischer Gewalt dar. Aktiv war in Rostock die norddeutsche Neo-Nazi-Szene, die sich auf die Sympathie von rückständigen Teilen der Bevölkerung für ihre Gewalttaten stützen konnte. Aber die Schreibtischtäter in den politischen und polizeilichen Führungen sind die Komplizen der potentiellen Mörder.

Angeblich war die Polizei auf die brutale Militanz und Guerilla-Taktik der Neonazis nicht vorbereitet und überfordert. Für die örtliche Polizei mag das zutreffen, aber sicher nicht für die Sicherheitskräfte aus Westdeutschland und die polizeiliche und politische Führung. Die Angriffe wurden eine halbe Woche vorher angekündigt. Der Bundesgrenzschutz probt seit über einem Jahrzehnt den Bürgerkrieg - wenn es darum geht, wie in Wackersdorf Atomanlagen zu verteidigen oder gegen Antifaschisten vorzugehen.

Am 13. Juni wurden in Rostock fünf Hundertschaften Polizei, Bundesgrenzschutz und Sondereinsatzkommandos eingesetzt, um 200 Demonstranten zusammenzuprügeln, die eine Veranstaltung der DVU gewaltfrei verhindern wollten. Am letzten Wochendende waren gerade mal sieben Hundertschaften gegen 500 mordbereite, von Nazi-Terroristen geführte Angreifer im Einsatz. Wenn sich am letzten Wochenende vier RAF-Terroristen in dem Gebäude verschanzt hätten, wäre innerhalb von einem halben Tag der Bundesgrenzschutz und die GSG9 in voller Stärke mobilisiert worden.

In München wurden Anfang Juli beim Weltwirtschaftsgipfel einige hundert Demonstranten von einer massiven Polizeistreitmacht in Bürgerkriegsausstattung zusammengeschlagen und eingekesselt, weil sie ein Konzert mit bayerischer Blasmusik gestört hatten. In Rostock war dem Staat das Leben von über 100 Vietnamesen offenbar nicht so viel wert.

Mit der Unterbringung der Asylbewerber in dem überfüllten Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen wurde bewußt in Kauf genommen, daß im Stadtteil Spannungen entstehen, nach dem selben Muster wie letztes Jahr in Hoyerswerda. Die aus Rumänien und Jugoslawien stammenden Roma und Sinti wurden teilweise gezwungen, auf dem Rasen vor dem Wohnheim ohne sanitäre Anlagen zu campieren.

Man wartete, bis es zur Explosion kam - gerade rechtzeitig, um eine neue Offensive in der Asyldebatte zu starten und etwaigen Widerstand von der SPD-Basis gegen das Umkippen der Führung in der Asylfrage zu brechen.

Die Asyldebatte - ein Ablenkungsmanöver der Regierung

Massenarbeitslosigkeit und sozialer Kahlschlag in Ostdeutschland führen zu Wut und Frustration. Die ostdeutschen Arbeitnehmer fühlen sich von der Kohl-Regierung betrogen und im Stich gelassen, auch im Westen nimmt die Unzufriedenheit mit der Regierung zu.

Am 12. September 1991 forderte CDU-Generalsekretär Rühe seine Parteifreunde in den Kommunen in einem Rundschreiben dazu auf, "die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD herauszufordern" (*tageszeitung*, 8.10.91). Die Bundesregierung versucht von ihrer unsozialen Politik und dem Versagen der von ihr hochgelobten "sozialen" Marktwirtschaft abzulenken, indem sie die Asylbewerber als Hauptproblem darstellt und als Sündenbock benutzt. Nach dem Motto "teile und herrsche" will sie Deutsche gegen Ausländer ausspielen. Sie will die wirklichen Schmarotzer - die Milliardäre und Millionäre, Immobilienspekulanten, die gutbezahlten Staatsbürokraten - schützen, indem sie den Neid auf die klägliche Sozialhilfe der Asylbewerber schürt.

Die potentiellen Mörder und die beifallklatschenden Zuschauer von Rostock sind auf die Strategie der Regierung hereingefallen. Sie ließen ihren niedersten Vorurteilen freien Lauf und schaden sich dabei letztendlich nur selbst.

Die eh' nur halbherzige Empörung der bürgerlichen Politiker ist reine Heuchelei. Sie bereiten mit ihrer Politik den Boden für rassistischen Terror, indem sie ihm die politischen Argumente liefern. Die Rassisten auf der Straße fühlen sich durch die Rassisten in Schlips und Kragen ermutigt und bestätigt. Nach

Jugend gegen Rassismus in Europa

ihrem politischen Erfolg in Rostock werden Nazi-Gruppen versuchen, in anderen Städten Gewalt gegen Ausländer zu organisieren und sich in der Bevölkerung zu verankern.

SPD-Führung macht mit

Ohne die Unterstützung der SPD-Führung wäre die Rechnung für Kohl, Rühe, Seiters und Co. nicht aufgegangen. Aber sie hat sich an der rassistischen Politik der Bundesregierung beteiligt, diskriminierende Zählappelle in den von ihr regierten Ländern durchgeführt und nicht zuletzt die Einrichtung von Sammellagern befürwortet. Nach den Rostocker Ereignissen fiel Engholm nichts besseres ein, als den rassistischen Gewalttätern zu zeigen, daß sie in der Sache recht hätten und er ja auch das Asylrecht einschränken will.

Wir fordern von der SPD-Führung, daß sie sich den rassistischen Ablenkungsmanövern der Regierung entgegenstellt und die Rechte von Flüchtlingen konsequent verteidigt.

Viele ArbeitnehmerInnen meinen, daß das Asylrecht eingeschränkt werden soll. Sie wissen aber zumeist auch, daß Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit nicht verschwinden, wenn keine Asylbewerber mehr kommen.

Nicht mit opportunistischer Anpassung an die bestehenden Vorurteile, sondern mit einem Programm zur Lösung der sozialen Probleme und einem offensiven Auftreten gegen das Ablenkungsmanöver Asyldebatte könnte die SPD das Anwachsen von Rassismus stoppen. Die derzeitige SPD-Politik akzeptiert jedoch die "Sachzwänge", die vom Kapitalismus geschaffen werden. Während die Unternehmer einen Rekordstand von 680 Milliarden DM an flüssigen Mitteln auf ihren Konten haben, redet Engholm von einer "Schweiß-und-Tränen-Politik" für uns. Die Alternative hierzu ist eine sozialistische Politik, die die Unternehmer und Spekulanten ins Schwitzen bringt, die sich auf unsere Kosten bereichern.

Kampf gegen Kohl statt gegen Ausländer

Wenn der von den Gewerkschaften angekündigte "Heiße Herbst" zu einer entschlossenen Mobilisierung gegen neuen Sozialabbau und für den Sturz der Kohl-Regierung genutzt wird, kann dies den Blick auf den wirklichen Feind lenken und ausländerfeindliche Stimmungen zurückdrängen.

Aber es sieht bisher so aus, daß die DGB-Führung den "Heißen Herbst" nur zu einem lauwarmen Dampfablassen benutzen will, während die SPD-Führung weiter loyale Opposition spielt. Wenn SPD und DGB die Gelegenheit einer breiten Mobilisierung gegen Kohl und Unternehmer nicht wahrnehmen, droht ein "Heißer Herbst" des rassistischen Terrors und der fortgesetzten Asyldebatte!

Den Nazis nicht die Straße überlassen!

Die Ereignisse von Rostock verdeutlichen noch einmal, daß Polizei und Justiz die Gefahr von Rechts nicht bekämpfen werden.

Der rassistischen Gewalt muß mit einer politischen Offensive von SPD und Gewerkschaften begegnet werden. Sie müssen jedoch auch damit beginnen, einen wirkungsvollen Schutz für Ausländer, Linke und andere von Nazis bedrohte Gruppen zu organisieren. Einen Ausbau und verstärkten Einsatz der Polizei zu fordern wäre falsch, denn Ziel dieser Einsätze würde dann doch wieder die Linke sein.

Deshalb müssen Schutzorganisationen aufgebaut werden, die sich notfalls auch bewaffnet gegen faschistische Angreifer zur Wehr setzen und diese einschüchtern können. Dies ist Aufgabe von Gewerkschaften und SPD, die aus der eigenen Geschichte lernen und den Anfängen wehren sollten. Linke Aktivisten und Gewerkschafter sollten vor Ort selbst die Initiative ergreifen und nicht den Nazis die Straße überlassen. (26.08.1992)

Bitte komplettieren: Lokale K-Adresse, Jusos, andere Unterstützer JRE .. etc

Stellungnahme von "Jugend gegen Rassismus in Europa"
zu den Ereignissen in Rostock

The whole of Europe has been horrified to witness the terrible scenes of the last few days in Rostock, eastern Germany. Neo Nazi rioters succeeded in firebombing an immigrant hostel and forcing the evacuation of its Romanian Gypsy inhabitants. The neo nazis were highly organised, using CB radios and drafting support in from all over Germany. Thousands of local people formed a crowd of cheering onlookers.

"Youth Against Racism in Europe" whilst obviously condemning the events in Rostock seek also to register our protest against the role of the German Government in these developments. Lothar Kupfer, Mecklenburg-Vorpommern's CDU interior minister failed to condemn the rioters and said "There must be an end to the uncontrolled influx of foreigners". Despite being forewarned of the Facists plans nothing was done to stop the attack. Also, why did the police pull out, allowing the building to be set alight with nearly 100 Vietnamese contract workers still inside ? German Police are certainly determined to tackle left wing demonstrations; 100 were arrested simply for booing at world leaders at the recent world summit at Munich.

Moreover, it is the CDU Government which has led to the whipping up of racism in Germany with its constant attacks on asylum seekers. The CDU leader in Berlin has said "We cannot allow foreigners to shout asylum and live at tax payers' expense.". Manfred Ritter, a top Bavarian Conservative described refugees as "Locusts who leave a desert in their wake.".

The CDU is using racism to divert from the real problems in Germany, east and west, and bolster its support. The real figure for unemployment stands at around 30% in many parts of the east including Rostock, the economy is stagnating , housing is poor etc. The desperate living conditions of many Germans are clearly proving a fertile ground for those wanting to point the finger at the immigrant community. Also the conditions of the asylum seekers must be urgently improved. It is significant to note that it was the over-crowding of the immigrant hostel which provided the catalyst to the riots with immigrants forced to camp on lawns immediately outside flats of Rostock residents.

"Youth Against Racism in Europe" are determined to register our opposition to the events in Rostock. We are organising protests outside German embassies across Europe. In Rostock itself we are campaigning against the neo nazis. The events in Rostock will strengthen the growing feeling amongst youth across Europe that the rise of the right must be halted. Our all-Europe demonstration against racism on 24 October will show that anti racist youth far out number the neo nazis. But also we will not stop campaigning until we have won guaranteed jobs and homes for all youth in Europe, in short a future for young people which is the surest way to finally silence the ugly cry of the neo nazis.

Friday 28th August, 11am, YRE protest outside German Embassies in Stockholm, Amsterdam, Brussels, and London.

Antrag der Juso- AG/UB/KV/ .....
an: Juso-Bezirks, Landes- und Bundesvorstand

In Anbetracht des Umfallens der SPD-Führung in Sachen Grundgesetz-Änderung zu Asyl und weltweiten Bundeswehreinsätzen halten wir eine umfassende Kampagne des gesamten Juso-Verbandes gegen die politische Kapitulation der Parteiführung für nötig.
Wir fordern Euch daher auf
- per Rundschreiben mit Stellungnahmen, Musteranträgen, Presseerklärungen, Materialien etc. die Untergliederungen zu mobilisieren und zu unterstützen
- die Pressearbeit auf allen Ebenen zu verstärken, um unseren Protest und Widerstand an die Öffentlichkeit zu bringen
- Anträge und Resolutionen in die Ortsvereine bzw. sonstigen Ebenen der Partei einzubringen
- sich für einen Sonderparteitag sowie für vorbereitende örtliche und regionale Parteikonferenzen einzusetzen und den Kampf um Delegiertenmandate zu organisieren
- eine Lobby/Protestaktion/Demo vor dem Ollenhauerhaus zu organisieren.

Begründung

Ergibt sich bezüglich der inhaltlichen Punkte von selbst bzw. aus der Beschlußlage des Verbandes.

Wir halten ein schnelles um umfassendes Handeln für nötig, weil der Parteivorstand - und vermutlich in Kürze der Parteirat - in eklatanter Weise versucht, sich über Parteitagsbeschlüsse hinwegzusetzen.
In Sachen Bundeswehr-Einsätze hat der Parteitag nach intensiver interner Debatte und gerade im Bewußtsein der neuen Lage in der BRD nach der Vereinigung im Mai 91 entschieden. Schon dieser Beschluß war im Grunde ein fauler Kompromiß und spiegelte nicht die Einstellung der Basis wieder, wie sie in 2/3 der Anträge zum Ausdruck kam (nämlich auch gegen Blauhelmeinsätze der Bundeswehr).
Aber der Parteispitze geht selbst dieser Blauhelm-Beschluß nicht mehr weit genug, weil die Regierung und die Herrschenden nach mehr verlangen.
Eigentlich ist unserer Meinung nach ein erneuter Parteitag überflüssig. Die Partei hat vor gerade erst einem Jahr entschieden und es kann nicht angehen, daß man so oft zu einer Frage Parteitage einberuft, bis man das gewünschte Ergebnis hat. Da es jedoch so aussieht, als ob die Parteiführung sich dreist über die Beschlußlage hinwegsetzen will, ist ein Parteitag wohl die einzige Möglichkeit, sie zu stoppen und hier etwas entgegenzusetzen.
Deshalb sind wir der Meinung, daß Jusos die Forderung nach einem Sonderparteitag (trotz Bedenken) unterstützen sollen. Allerdings sollten wir auch dafür eintreten, daß ein solcher Parteitag durch örtliche und regionale Konferenzen vorbereitet wird, damit die Mitglieder und Delegierten nicht einfach dem Trommelwirbel der bürgerlichen Medienpropaganda ausgesetzt sind. Außerdem sollte zusammen mit anderen Parteilinken der Kampf um Delegiertenmandate organisiert werden.
U.a. der letzte Juso-Bundeskongreß hat gezeigt, daß für viele GenossInnen die Haltung der SPD zur Asylfrage ein Knackpunkt für ihre weitere Mitgliedschaft in der Partei ist. Die Vermutung ist wohl nicht übertrieben, daß tausende Jusos und Alt-GenossInnen austreten werden, wenn die Kehrtwende der Parteiführung umgesetzt wird. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Parteiführung dies billigend in Kauf nimmt bzw. mit dem Frust und Rückzügen von Mitglieder kalkuliert, in der Hoffnung auf möglichst wenig aktiven Widerstand gegen ihre Haltung.
Auch deswegen ist eine organisierte Kampagne des gesamten Verbandes nötig, um diese GenossInnen nicht mit ihrem Frust alleinzulassen.
Auch nach außen muß der Verband Flagge zeigen. Das Umfallen der SPD in der Asylfrage ist Wasser auf die Mühlen der Neonazis und Rassisten und vor dem Hintergrund der Mordanschläge von Rostock umso schändlicher. Wir müssen deutlich machen, daß sich Jusos dieser skandalösen politischen Kehrtwende der Parteiführung entschieden in den Weg stellen.

Resolution Absender: AG/OV etc.,

Adressat: SPD-Parteivorstand und -Bundestagsfraktion

Wir verurteilen aufs Schärfste die Entscheidung von Fraktions- und Parteiführung zur Einschränkung des Asylrechts und zur Erweiterung der Einsatzes der Bundeswehr und fordern die sofortige Rücknahme.

Diese Entscheidungen widersprechen allen bisherigen Grundsatzprogrammen und den Beschlüssen des letzten Parteitags.

Mit ihrem weiteren Einschwenken auf die Linie von CDU/FDP und der in Aussicht gestellten Großen Koalition bei der Änderung des Grundgesetzes (womöglich verbunden mit weiteren Zugeständnissen) machen sich Parteiführung und Bundestagsfraktion vollends zum Handlanger von imperialistischer Großmachtpolitik nach außen und unsozialer, spalterischer Politik nach innen.

Wir betrachten es als politischen Skandal, daß die Parteiführung die jüngsten Pogrome in Rostock dazu benutzt, ihren Rechtsruck in der Asylfrage zu rechtfertigen, anstatt aufzuzeigen, daß diese Eskalation politisch gewollt und von den Rechtsparteien bewußt provoziert wurde.

Mit der Einschränkung des Asylrechts wird den Neonazis nicht der Boden entzogen, sondern weiter Wasser auf ihre Mühlen gegossen.

Eine SPD, die keine Antworten auf die sozialen Probleme der Jugend und arbeitenden Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland bietet, die keinen entschiedenen Kampf gegen die Kohlregierung und neonazistische Organisationen führt, macht sich mitverantwortlich, wenn Teile der frustrierten Jugend zu den Neonazis laufen bzw. sie bei ihren Pogromen unterstützen.

Wir verlangen von Euch eine sofortige politische Kehrtwende:
* Keine Zustimmung zur Änderung der Artikel über Asylrecht und Bundeswehr im Grundgesetz
* Sofortiger Stop jeglicher Zusammenarbeit mit der Kohlregierung; Aufkündigung der Koalitionen mit bürgerlichen Parteien in den Ländern
* Parlamentarische und außerparlamentarische Opposition unter Mobilisierung der Mitglied- und Abhängerschaft gegen neonazistische Organisationen und die Kohlregierung
* Gemeinsam mit den Gewerkschaften Organisierung eines heißen Herbstes mit dem Ziel, die Kohlregierung zu stürzen
* Für eine SPD-Regierung mit sozialistischem Programm

SPD - Beschlußlage zu Asyl

Wir wollen das Aufenthaltsrecht für Ausländerinnen und Ausländer verbessern, ihnen das kommunale Wahlrecht geben. Das Asylrecht für politisch Verfolgte muß uneingeschränktes Grundrecht bleiben. Dies schließt politische Verfolgung aus Gründen des Geschlechts und der Rasse ein. Jeder Ehegatte hat ein eigenständiges Aufenthaltsrecht.

Berliner Programm, verlassen 1990

Asylbewerber als Sündenbock

Kampf gegen Kohl – nicht gegen Flüchtlinge

Im Augenblick schlägt die Asyldiskussion wieder einmal hohe Wellen. Von CSU bis SPD sind sich alle einig, „daß irgendetwas getan werden muß". Die Grenzen der Aufnahmefähigkeit sind angeblich erreicht.

Wie sieht die „Asylantenflut" (eine Wahlkampferfindung der CDU von 1986) wirklich aus? Für 1991 werden 220.000 Asylbewerber erwartet. Die Anerkennungsquote ist inzwischen auf 3% gesunken. Sie lag früher etwa doppelt so hoch. Sind nun die restlichen 97% die berühmten „Scheinasylanten"? Nein. Zwar wurden seit 1949 nur 126.000 Flüchtlinge als politisch Verfolgte und damit als asylberechtigt anerkannt, 270.000 weitere sogenannte de-facto-Flüchtlinge werden jedoch geduldet, da sie nach den Richtlinien der Vereinten Nationen nicht in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden dürfen.

Nach Auffassung deutscher Gerichte werden z.B. die Kurden in der Türkei nicht als Volksgruppe politisch verfolgt. Es sind schon Menschen abgeschoben worden, denen nach der Rückkehr Folter und Gefängnis drohte. Das erscheint besonders zynisch, wenn man auf der anderen Seite sieht, wie das NATO-Land Türkei unter Duldung der westlichen Bündnispartner seinen blutigen Krieg gegen die Kurden im eigenen Land führt.

„Gute" und „schlechte" Flüchtlinge?

Die größte Flüchtlingsgruppe sind die deutschstämmigen Aussiedler aus Osteuropa (1990 fast 400.000, für 1991 werden ca. 220.000 erwartet), die nach Art. 116 des Grundgesetzes sofort eingebürgert werden. Hier scheint Kanzler Kohl kein Problem zu sehen. Er freute sich öffentlich, daß so die niedrige Geburtenrate in Deutschland ausgeglichen würde. Für ihn scheint Zuwanderung eine Frage der richtigen Blutszugehörigkeit zu sein. Oskar Lafontaine nannte es dagegen verlogen, 200.000 Asylbewerber zum Problem zu machen und über 400.000 Aussiedler nicht zu reden. Er meint, nur „wirklich politisch Verfolgte" aber nicht die Wirtschaftsflüchtlinge aus Osteuropa dürfen ins Land. Je nach Einstellung und moralischer Wertung werden somit die Flüchtlinge bzw. Zuwanderer in Gruppen eingeteilt.

Für die einen soll noch Platz sein, für die anderen nicht. Die ganze Diskussion ist eine Ablenkung von dem einen Problem, daß Menschen sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen. Dabei sind die wirtschaftlichen Gründe von den politischen nicht zu trennen.

Die heute geschürte Hysterie wegen mehreren hunderttausend Asylbewerbern und Aussiedlern ist jedoch sehr fragwürdig. Holland hat z.B. eine um 60% höhere Bevölkerungsdichte als Deutschland. Ist es deshalb „überbevölkert"? In den Nachkriegsjahren konnten 19 Millionen Flüchtlinge in der Bundesrepublik aufgenommen werden. Sie waren keine Belastung, sondern Arbeitskräfte, die von der deutschen Industrie gut gebraucht werden konnten. Ebenso war es mit den ausländischen Arbeitnehmern, die von 1955 bis '73 in die BRD geholt wurden.

Heute dagegen wäre das „Boot"

BRD auch ohne einen einzigen Flüchtling „voll" – wenn man der Logik der Marktwirtschaft folgt. Über 2,5 Millionen Wohnungen fehlen, 3 Millionen Menschen sind offiziell arbeitslos.

1960 wurden noch 360.000 Sozialwohnungen jährlich gebaut. Heute ist der Bau von 120.000 Sozialwohnungen jährlich vorgesehen, eine Steigerung auf 200.000, wie sie vom Deutschen Mieterbund gefordert wird, wurde von der Wohnungsbauministerin Adam-Schwaetzer für unrealistisch erklärt. Für den Wohnungsbau sind im Staatshaushalt nur 2,5 Mrd. DM vorgesehen, für die Bundeswehr dagegen 55 Mrd. DM. 31 Milliarden beträgt die geplante Unternehmenssteuerentlastung, während gleichzeitig über weitere Steuererhöhungen zu Lasten der Masse der Bevölkerung nachgedacht wird.

Mangel an Arbeitsplätzen und Wohnungen – scheinbar sind wir ärmer geworden. In Wirklichkeit ist der Reichtum bloß in den falschen Händen. Die „flüssigen Mittel", die deutsche Unternehmer auf der hohen Kante haben, sind im letzten Jahr um 187 auf 670 Milliarden DM angestiegen. Dieser Reichtum könnte genutzt werden, um Arbeitsplätze zu schaffen. Produktive Arbeit – der hier lebenden Menschen wie auch der Zuwanderer – würde keine Probleme verursachen, sondern könnte z.B. für den Bau von Wohnungen und die Steigerung des Lebensstandards genutzt werden.

Fluchtursachen beseitigen!

„Ist das Boot voll?" Ein unwiderlegbares Argument: 50, 100, 200 Millionen [illegible] sicher eine objektive [illegible]. Außerdem wollen wir ja auch, daß kein einziger Mensch gezwungen ist, seine Heimat zu verlassen. Und hier schließt sich der Kreis: Ein Großteil der oben genannten 670 Milliarden ist Produkt der Ausbeutung der „3. Welt" durch die Industriestaaten. Wegen der Schuldendienste an westliche Banken und der in den 80ern mehrfach gesenkten Rohstoffpreise fließt seit 1984 mehr Geld aus der „3. Welt" in die Industrieländer als umgekehrt. Die Einführung der Marktwirtschaft in Osteuropa führt vom stalinistischen Regen in die Traufe lateinamerikanischer Verhältnisse.

Wenn die vorhandenen Möglichkeiten (industrielle Kapazitäten des Westens, landwirtschaftliche Überschüsse) genutzt würden, müßte kein Mensch auf der Welt hungern, arbeitslos oder obdachlos sein. Das geht aber nur auf der Grundlage einer Weltwirtschaftsordnung, die sich nicht mehr nach den Profitinteressen weniger Großkapitalisten richtet, sondern von den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung bestimmt wird.

Die Druck der Armutswanderung wird weiter zunehmen, solange die kapitalistische Weltwirtschaftsordnung besteht und zur Verschärfung von Elend, Umweltzerstörung und Kriegen führt. Es ist eine Illusion zu glauben, daß Westeuropa eine sichere Insel bleiben kann, wenn ringsherum alles in Elend, Chaos und Bürgerkrieg versinkt. Die Menschen werden kommen, ob sie nun legal oder illegal einwandern. Das zeigt das Beispiel des nicht aufhaltbaren Stroms von illegalen mexikanischen Einwanderern in die USA.

Einheit der Arbeitnehmer

Die SPD-Führer sollten diese Tatsachen erklären, anstatt die Scheinlösungen der Rechten zu unterstützen, die doch nur der Spaltung zwischen Ausländern und Deutschen Vorschub leisten. SPD und Gewerkschaften sollten für die volle rechtliche Gleichstellung aller Arbeitnehmer und für Arbeit für jeden bei voller tariflicher Bezahlung kämpfen. Andernfalls können die Zuwanderer als billige Arbeitskräfte und Lohndrücker mißbraucht werden.

„Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!" – diese Forderung von Marx ist kein moralischer Appell, sondern eine praktische Notwendigkeit.

Ulf Petersen, Köln, Jungsozialist

Wir fordern:

- Hände weg vom Asylrecht. Schluß mit den Abschiebungen.
- Abschaffung aller diskriminierenden Ausländergesetze. Bleiberecht für alle Zuwanderer und volle rechtliche Gleichstellung mit deutschen Bürgern. Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen.
- Billiger Wohnraum für alle durch ein massives staatliches Programm zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus. Enteignung von Spekulanten. Verbot von Maklern, stattdessen kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung.
- Arbeit und qualifizierte Ausbildungsmöglichkeiten für alle, volle Arbeitserlaubnis für Asylbewerber. Garantiertes Mindesteinkommen von 1500 DM netto für alle ab 18 Jahren.
- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzung.
- Keine Unterstützung von Regimes, die durch Unterdrückung der Bevölkerung für Massenflucht sorgen, z.B. der Türkei.
- Unterstützung des Kampfes der Arbeiter und Bauern weltweit gegen die Ausbeutung durch die kapitalistischen Industriestaaten.
- Verstaatlichung der Banken und Großkonzerne in den Industriestaaten unter demokratischer Kontrolle der Arbeitnehmer und Gewerkschaften als Grundlage für eine sozialistische Weltwirtschaftsordnung, die alle Kräfte für die Beseitigung von Not, Umweltzerstörung und Kriegen einsetzen kann.

Die Binnenwanderung von Ost nach Westdeutschland, 1989 und '90 bei je ca. 350.000, nimmt 1991 noch deutlich zu – trotz bzw. wegen Einführung der Marktwirtschaft.

Der Wahnsinn hat Methode

Brandanschläge, Übergriffe, lebensgefährliche Verletzungen, sogar Morde – in ganz Deutschland gibt es Angriffe gegen Ausländer, insbesondere gegen Asylbewerber. Sie stellen den vorläufigen Höhepunkt einer gezielten Kampagne gegen ausländische Kollegen dar.

Überall in der BRD gibt es in den letzten Wochen und Monaten ein massives Ansteigen ausländerfeindlicher Aktionen und Übergriffe. Zwei Beispiele: Am 11. September traten in Dresden Skinheads die Wohnungstür einer Vietnamesin ein, verprügelten sie und traten der Schwangeren in den Bauch; kurz zuvor hatten dieselben Neonazis einen Mosambikaner mit einem Schuß in den Kopf schwer verletzt. Am 19. des gleichen Monats zündeten in Saarlouis Skinheads ein Wohnheim an; der Asylbewerber Samuel Yeboah, 27, aus Ghana verbrannte. Die Liste solcher Vorfälle ist lang.

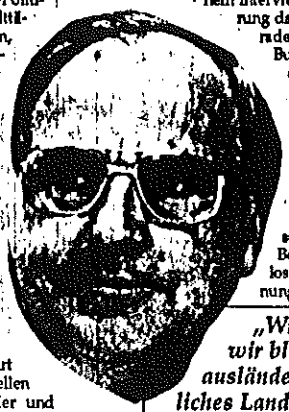
Die bürgerliche Öffentlichkeit ist „betroffen". „BILD" appelliert an die Menschlichkeit, der „Spiegel" redet von den „häßlichen Deutschen", für die man sich im Ausland schämen müßte. Auch sind alle Politiker „betroffen". Als „christliche" Partei muß dies natürlich auch die CDU sein. Aber gerade sie ist der tatsächliche Brandstifter.

Brandstifter CDU

Zum wiederholten Male hat die CDU auch dieses Jahr die „Asyldebatte" zum Thema in der Sommerpause gemacht. Generalstabsmäßig organisierte der CDU-Generalsekretär Rühe diese (Hetz-)Kampagne. Er forderte seine Parteifreunde in den Kommunen auf, „die Asylpolitik zum Thema zu machen und die SPD herauszufordern" (taz, 8.10.91). Zu diesem Zweck wurde Material zusammengestellt und herumgeschickt, mit dem Ziel, das Thema im Sinne der CDU hochzupuschen. Kernaussage davon war, daß das Problem nur mit einer Grundgesetzänderung gelöst werden könne.

Rühe ging noch weiter. Wegen der Weigerung der SPD, einer Grundgesetzänderung zuzustimmen, will er jeden weiteren Asylbewerber alleine der SPD anlasten. Er spricht ganz einfach von „SPD-Asylanten".

Es ist Lüge und Heuchelei, wenn CDU- und FDP-Politiker sich gegen Gewalttätigkeiten aussprechen, gleichzeitig aber weiter von einer „Asylschwemme" reden, die Ursache der Übergriffe sei. Tatsächlich tragen sie selbst und ihre Unternehmerfreunde die Schuld an der heutigen Situation und wollen mit der Asyldiskussion nur davon ablenken bzw. andere als Schuldige brandmarken.



„Wir sind und wir bleiben ein ausländerfreundliches Land." H. Kohl

Die Politik der Kohl-Regierung führt zu einem finanziellen Ausbluten der Länder und Kommunen (Steuerreform, Kosten der Einheit, Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger usw.). Wenn gleichzeitig noch die Zahlen der Aus- und Übersiedler sowie der Asylbewerber steigen, verschärfen sich die Probleme zwangsläufig. Deutlich wird dies auch an folgenden Zahlen: bundesweit (incl. Ex-DDR) fehlen laut Spiegel (40/91) 2,5 Mio. Wohnungen; ebenso sind 4,3 Mio. offiziell Arbeitslose oder Kurzarbeiter.

„Uns geht's beschissen, werden alle arbeitslos. Ich bin auf Kurzarbeit, bringe mich und meine beiden Kinder mit 804 Mark durch. Und jetzt holen die noch Ausländer rein." Diese Aussage eines ostdeutschen Arbeiters in einem Interview gibt eine Erklärung dafür, warum es gerade in den fünf neuen Bundesländern zu den massiven Ausschreitungen gegen Ausländer gekommen ist. Dank Kohl'scher Vereinigungspolitik findet dort jetzt eine massive Deindustrialisierung statt. Bei Massenarbeitslosigkeit und Wohnungsnot wird jeder zusätzliche Bewerber leicht als lästiger Konkurrent angesehen.

Die SPD hat die Möglichkeit, der unsozialen Politik der Kohl-Regierung eine Absage zu erteilen. Würde sie ihre Bundesratsmehrheit sowie die Vertretung in vielen Ländern und Kommunen zu einer Kampagne gegen die Kohl-Politik nutzen, könnte auch die Stimmung in Deutschland schnell umschlagen und weiterer Ausländerfeindlichkeit eine deutliche Absage erteilt werden.

Stattdessen beteiligen sich SPD-Vertreter am Abbau von Sozialleistungen, aber auch an der (systematischen) Verschärfung des Asylrechtes bzw. der Lebensbedingungen für Asylbewerber in der BRD. So fordert der stellvertretenden SPD-Vorsitzende Lafontaine schon seit Jahren eine Verschärfung des Asylrechtes. Was dies konkret bedeutet, haben Asylbewerber unter seiner Landesregierung bereits 1990 erfahren. Im saarländischen Lebach hatte Lafontaine die Sozialhilfezahlungen an die damaligen Bewohner des dortigen Sammellagers neben einem monatlichen Taschengeld in Form von Naturalien auszahlen lassen. Ähnlich diskriminierende Maßnahmen praktizierte kürzlich der ebenfalls SPD-geführte Kreis Aachen (siehe VORAN Nr. 133).

Es wird Zeit, daß die Spitzen-Genossen ordentlich „Feuer unter den Hintern" bekommen. Zusammen mit den Gewerkschaften sollten sie konkrete Maßnahmen planen, um den Vormarsch der Neonazis zu stoppen. Dies geht allerdings nicht mit einem Verständnis, wie es Hans-Jochen Vogel hat. Er beklagte nämlich, daß Kohl (!) nicht zu einer großen Demonstration gegen den Fremdenhaß aufrufe. Auf die Frage, warum die SPD dann nicht selbst eine Demonstration initiieren würde, antwortete er: Die SPD solle dies erst dann tun, „wenn wahrscheinlich ist, daß auch mindestens 3–5000 Leute daran teilnehmen" (taz 9.10.91). Für den 9. Oktober rief in Köln ein (unbekannter) Aktionsbündnis zur Demo auf. Über 6000 Leute kamen. Wieviel mehr würden erst kommen, wenn SPD und Gewerkschaften dazu aufrufen würden.

Andreas Paqué, Köln, Jungsozialist

Bremerhaven

Schutzaktion vor Asylwohnheim

Auf das Gerücht hin, daß Faschisten am Wochenende 19./20. Oktober ein Bremerhavener Asylheim angreifen wollten, wurden 80 Nazi-Gegner mobilisiert.

Wir verteilten uns auf verschiedene Wohnheime. Eine größere Gruppe – hauptsächlich Jusos und Autonome – hatte sich ein gefährdetes Heim „vorgenommen". Dort wurde die Aktion von den Bewohnern sehr begrüßt und wir wurden hereingebeten. Es kam schnell zu freundlichem Kontakt mit den Flüchtlingen und zu Diskussionen über politische und andere Dinge.

Möglicherweise haben wir durch unser Auftreten einen Angriff abgeschreckt, denn in der Nähe des Heimes wurde mehrfach ein verdächtiges Auto gesehen.

Ein Problem ist, daß wir nicht jede Nacht jedes Heim beschützen können. Daher darf den Flüchtlingen nicht die Illusion vermittelt werden, sie seien sicher. Schutzaktionen sind in erster Linie politische Handlungen, um Solidarität zu zeigen. Aber wir wollen mehr als reine „Mahnwachen" mit kerzenhalten Kirchenleuten (nichts gegen deren Motive). Viele Aktivisten sind bereit, den Nazi-Banden eine Lektion zu erteilen.

Wichtig ist, wie man an die Flüchtlinge herangeht. Es wäre falsch, sie als von außen zu beschützende hilflose Opfer darzustellen. Das könnte ihr Gefühl von Angst und Isolation verstärken. Wir müssen sie auch darin bestärken, wachsam zu sein und sich selbst zu verteidigen.

Eine politische Diskussion über ihre und unsere Lebensverhältnisse, über Macht- und Besitzverhältnisse in der BRD mit den Flüchtlingen ist hilfreich. Dieser Austausch hilft, das Opfer/Beschützer-Verhältnis abzubauen und gemeinsam politisches Handeln zu ermöglichen.

Doch die Gleichberechtigung hat Grenzen. Deutsche Nazi-Gegner gehen danach ins sichere Bett, für die Flüchtlinge endet diese „Aktion" nicht. Nächtliche Wachen sind ein defensiver Teil der Antifa-Arbeit. Fortschritte kann es nur im Kampf um die Köpfe deutscher Jugendlicher und Lohnabhängiger geben.

Eine Spitze rassistischen Mißtrauens oder bürokratischer Schlamperei ist, daß es in den Wohnheimen zwar Telefone gibt, aber die entsprechenden Räume nachts abgeschlossen sind. Wir Jusos werden Druck machen, damit die Menschen nachts Zugang zum Telefon im Gebäude haben, um Antifaschisten bzw. die Polizei zu holen, wenn der rechte Mob anrückt.

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist

Hoyerswerda

Sympathie für Antifa-Demo

Hoyerswerda ist zu einem Sinnbild für den wachsenden Neofaschismus und Rassismus in Deutschland geworden. Am 29. September, eine Woche nach den Angriffen der Nazis, fand in Hoyerswerda eine antifaschistische Demonstration statt. Die Ereignisse, die sich an diesem Tag abspielten, sind von den Medien völlig verfälscht wiedergegeben worden.

Die Demonstration sollte um 14 Uhr beginnen und durch das Neubaugebiet von Hoyerswerda, vorbei am Asylbewerber- und Ausländerwohnheim führen. Ziel der Demonstration war es, zum einen klarzumachen, daß die Pogrome nicht widerspruchslos hingenommen werden und zum anderen, die Leute in Hoyerswerda, die gegen den Ausländerhaß sind, zu ermutigen, sich zu organisieren und selbstbewußt gegen die Nazis aufzutreten.

Nachdem sich die Demonstration mit ihren 4000 Teilnehmer aus der ganzen BRD pünktlich gesammelt hatte, begann der Zug durch Hoyerswerda. Nach einigen hundert Metern, kurz vor dem Asylbewerberheim, waren mit keinerlei Begründung mehrere Ketten von Bundesgrenzschutz (BGS) und Polizei mit Wasserwerfern aufgestellt, die uns den Weg versperrten.

Trotz Verhandlung mit der Polizei war es nicht möglich, die genehmigte Demoroute fortzusetzen. Die Demo drehte um und versuchte einen anderen Weg zum Asylbewerberheim zu gehen. Nach wenigen hundert Metern, in der nächsten Seitenstraße, kam es wieder zur selben Situation. Die Polizei versperrte ohne Grund den Weg mit Ketten und Wasserwerfern. Hier kam es zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei. Sie rückte mit den Wasserwerfern vor und drängte uns in die Straße zurück. Die Demoleitung rief zum Rückzug auf, um eine Straßenschlacht zu vermeiden. Schließlich konnte die Polizei durch Appelle der Demoleitung zum Stehen bewegt werden. Wir verlangten den Rückzug der Polizei, um vor das Asylbewerberheim und weiter auf der genehmigten Marschroute ziehen zu können. Es kam zu langen Verhandlungen, in die auch drei Pfarrer eingriffen.

Während der Verhandlungen standen auf den umliegenden Wohnblocks viele Anwohner auf den Balkons. Es kam zum Dialog mit ihnen. Hier zeigte sich, daß viele Hoyerswerdaer sich von der Ausländerhetze distanzieren. Sie verteilten Lebensmittel an die Demo und klatschten Beifall. Ein älterer Mann stand auf seinem Balkon und schwenkte die rote Fahne. Die Stimmung wurde zusehends besser und kämpferischer.

Nach zwei Stunden hat die Polizei aufgegeben und den Weg für die Demo freigemacht. Mittlerweile hatten sich mehrere Hoyerswerdaer eingereiht. Jugendliche erzählten mir, daß sie wohl am nächsten Tag in der Schule von Faschisten verprügelt werden, wenn sie an der Demo teilnehmen. Dies sei ihnen jetzt aber egal, weil sie endlich was gegen die Nazis tun wollten.

Skandalöser Polizeieinsatz

Das Verhalten von Bundesgrenzschutz, Polizei und den dahinter stehenden Politikern ist skandalös. Eine Woche lang waren sie angeblich nicht im Stande, die Ausländer vor der rassistischen Gewalt zu schützen. Sie mußten aus Hoyerswerda fliehen.

Nur eine Woche später hat die Polizei die Möglichkeit, mit vier Wasserwerfern, einem Hubschrauber und hunderten Beamten in Hoyerswerda zu sein. Die Polizei, die nicht gegen die Faschisten eingesetzt wurde, versucht jetzt eine antirassistische Demonstration zu verhindern. Es ist völlig klar, auf welcher Seite diese Polizeiführung steht, und es offenbart sich, daß die Drahtzieher dieser Polizeistrategie alles versuchen, dem Neofaschismus in Deutschland Tür und Tor zu öffnen und gleichzeitig den antifaschistischen Kampf zu behindern.

Boris Kanzleiter, Berlin
Jungsozialist

„So konnte es wirklich nicht weitergehen: Alle Welt redete nur noch von Inflation und Rezession, höheren Steuern ... Die Wähler wandten sich in Scharen der Opposition zu. Es mußte etwas geschehen. Und es geschah. Bundesinnenminister Schäuble schob ein neues Thema ins Rampenlicht der Öffentlichkeit: die Asylantenfrage."
So schrieb das Unternehmermagazin „Wirtschaftswoche" Ende August 1991.

Jugend für Sozialismus . . .

Juso-Aktion beim SPD-Parteitag

„Nein zur Blauhelm-Einstiegsdroge"

Schon Wochen vorher war abzusehen, daß vor allem ein Thema auf dem Parteitag engagiert diskutiert werden würde: die Erweiterung des Einsatzgebietes der Bundeswehr, die „Blaumhelm-Debatte". Deswegen hatten Jungsozialisten aus Bremerhaven im Bremer Juso-Landesverband den Anstoß für eine Demonstration vor dem Tagungsort gegeben, um die Partei aufzufordern, der von Kohl gewünschten Grundgesetz-Änderung nicht zuzustimmen.

Auch die Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft (GEW) und Bremer Friedensgruppen beteiligten sich daran. Aus Bremerhaven sind wir mit 16 aktiven Jusos zu der Aktion gefahren. Auch aus Kassel, Köln und Lübeck waren Genoss(inn)en angereist. Insgesamt beteiligten sich rund 100 Leute. Die geringe Zahl hielt uns nicht davon ab, unseren Standpunkt mit Nachdruck zu vertreten, Flugblätter an Delegierte und Parteitagsbesucher zu verteilen und die Ober-Genossen zur Diskussion zu stellen, sofern sie sich vor der Halle blicken ließen.

Dort war ein Spalier von Transparenten aufgebaut, mit Slogans wie: „Die UNO bewahrt den Frieden – für die Ausbeuter" oder „Nein zur Blauhelm-Einstiegsdroge". Die GEW führte einen musikalischen Sketch auf, bei dem Herren in Frack und Zylinder mit den Namensschildern MBB, Krupp, usw. sowie eine mit Blauhelmen ausstaffierte Truppe zu Brecht'scher Musik marschierten. Einigen Jusos gelang es auch, während der Beratungen im Saal Transparente mit unseren Forderungen hochzuhalten.

Eine unangenehme Episode: Jusos wurden am Verteilen von Flugblättern gehindert, Transparente sehr schnell von Ordnern heruntergerissen und Genoss(inn)en von diesen „nach draußen geleitet". Was waren noch Engholms Lieblingsworte? „Öffnung", „Dialog", „leidenschaftlich streiten", „Wir lieben die Menschen, die frisch heraus sagen, was sie denken."

Der Beschluß

Der Parteitag entschied sich für einen Kompromiß. Die SPD wird zwar einer GG-Änderung zustimmen, die einen Einsatz der Blauhelm-„Friedenstruppen" zuläßt, lehnt aber eine deutsche Beteiligung an Kampfeinsätzen der UNO ab. Dieser Beschluß ist ein Nachgeben gegenüber den Kohl'schen Großmachtwünschen, ein Einstieg in aktivere Militärpolitik, und damit für die Jusos und viele Parteilinke nicht akzeptabel.

Aber das, was die Bürgerlichen konkret brauchen, die Zustimmung der SPD zu Kampfeinsätzen, wurde ihnen verweigert. Nicht, weil die Parteiführung so einsichtig war, sondern weil der Druck vieler Basisgliederungen einen weitergehenden Beschluß unmöglich machte. Insofern kann man von einem Teilerfolg sprechen, den die Kampagne von VORAN-Unterstützern und vielen anderen Parteilinken im Vorfeld des Parteitags zu verzeichnen hatte. Es gab allein 70 Anträge gegen jegliche Ausweitung des Bundeswehr-Einsatzgebietes.

Selbst der von der Basis zurechtgestutzte Blaumhelm-Kompromiß fand mit 230:179 Stimmen nicht gerade eine überwältigende Mehrheit. Dazu der stellvertretende Landesvorsitzende der Bremer SPD, Horst Isola: „Viele Delegierte waren in ihrem Herzen beim Nein. Ausschlaggebend für unsere Niederlage war einzig und allein der massive Einsatz des Vorstandes." (laut Bremer „taz" vom 1.6.91)

Die Debatte selber war relativ lebhaft und kontrovers. Einige linke Delegierte waren in dieser Debatte wesentlich hartnäckiger als gewöhnlich und liefen zu alter Form auf, wie z.B. Heidi Wieczorek-Zeul, die den imperialistischen Charakter des Golfkrieges erklärte. Die Absicht vieler SPD-Führer, dem Kohl'schen Wunsch nachzugeben, wurde durch die Basis gestoppt. Doch der Einstieg und damit die Erleichterung kommender Vorstöße konnte nicht verhindert werden. Vorläufiges Fazit: Unentschieden.

Für die SPD-Spitze ist das Thema noch nicht vom Tisch, wie der Vorstoß Engholms kürzlich zeigte: er hält Blauhelm-Einsätze auch ohne GG-Änderung für möglich. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Parteitagsdelegierten, die entsprechend der Argumentation des Vorstandes mit ihrem Beschluß genau dies verhindern wollten, und lädt die Regierung geradewegs dazu ein, das GG nach Belieben zu interpretieren. Der Kampf der Parteilinken muß also weitergehen.

Claus Ludwig, Bremerhaven
Jungsozialist

Ein Spalier von Transparenten erwartete die SPD-Delegierten vor der Bremer Stadthalle.

DOKUMENTATION

taz 14.8.91

UNO-Kampfeinsätze lehnen wir ab

Der SPD-Parteitagsbeschluß zum Einsatz von Blauhelmen

„Wir schlagen nationale Friedenskorps für UN-Einsätze vor
— zur Bekämpfung von Umweltschäden,
— zur humanitären Hilfe und
— in Katastrophenfällen.

Wir streben – wie bisher – an, daß die UNO nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die Chance wahrnimmt, zu einem weltweiten kollektiven Sicherheitssystem zu werden.

Deutschland wird auf absehbare Zeit Streitkräfte zur Verteidigung brauchen. Ziel ist es, sie überflüssig zu machen. Bis dahin müssen deutsche Streitkräfte in Umfang, Doktrin, Struktur und Ausrüstung so bemessen sein, daß sie zur Landesverteidigung befähigt sind und die Bündnisverpflichtungen erfüllen können. Sie müssen so vermindert werden, daß Bedrohung von ihnen nicht ausgeht, sie jedoch weiterhin kriegsverhindernd wirken.

Eine Ausweitung der Aufgaben von Nato und WEU mit dem Ziel eines möglichen Einsatzes ihrer Truppen außerhalb des Nato-Vertragsgebiets und die Aufstellung von dazu vorgesehenen Eingreiftruppen lehnen wir ab. Eine Grundgesetzänderung mit dem Ziel, der Bundeswehr solche oder andere militärische Out-of-area-Einsätze zu ermöglichen, ist mit unserer Friedens- und Sicherheitspolitik unvereinbar. Eine deutsche Beteiligung an militärischen Kampfeinsätzen unter UNO-Kommando oder durch Ermächtigung der UNO lehnen wir ab. Die Bundesrepublik Deutschland muß jedoch in der Lage sein, sich im Rahmen der UNO an friedenserhaltenden Maßnahmen (Blauhelm-Missionen) zu beteiligen. Friedenserhaltende Maßnahmen sind:

a) Friedenstruppen, die durch ihre Anwesenheit einen Waffenstillstand garantieren;
b) militärische Beobachtergruppen, häufig lediglich Offiziere zur Überwachung von Friedensabkommen;
c) UN-Friedensmissionen unter ziviler Leitung mit gemischt militärischer und ziviler Komponente.

Friedenserhaltende Maßnahmen dürfen nach UN-Gewohnheitsrecht unter folgenden Voraussetzungen durchgeführt werden:
— Beschluß des Sicherheitsrats (in der Regel für sechs Monate);
— Zustimmung der am Konflikt beteiligten Staaten;
— kein Einsatz von Waffengewalt, außer zur Selbstverteidigung;
— freiwillige, in einem Vertrag mit der UNO geregelte Bereitstellung von Personal und Streitkräften durch UN-Mitgliedsstaaten;
— Leitung durch den UNO-Generalsekretär unter Kontrolle des Sicherheitsrates.

Die SPD wird im Rahmen der Debatte um die Fortentwicklung des Grundgesetzes dafür eintreten, daß die Voraussetzungen für eine Beteiligung von sich freiwillig meldenden Berufs- und Zeitsoldaten der Bundeswehr an diesen friedenserhaltenden Maßnahmen im Rahmen der UNO geschaffen werden. Dabei muß eine strikte Trennung zwischen Blauhelm-Einsätzen, die wir befürworten, und militärischen Kampfeinsätzen, die wir ablehnen, verbindlich festgeschrieben werden. Der Einsatz deutscher Truppen für Blauhelm-Aktionen der UNO bedarf in jedem Einzelfall der Zustimmung des Deutschen Bundestages."

Bremer Parteitagsbeschluß 1991

SPD-Beschlußlage zu Bundeswehreinsätzen

Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit. Die Struktur der Bundeswehr muß den Abrüstungsprozeß unterstützen und fördern. Die politische Führung der Bundeswehr obliegt allein der Regierung, ihre parlamentarische Kontrolle dem Bundestag.

Der Soldat bleibt auch in Uniform Staatsbürger. Wir bejahen die Bundeswehr und die Wehrpflicht. Wehrdienst für Frauen lehnen wir ab. Das Ziel von Friedenspolitik ist es, Streitkräfte überflüssig zu machen.

Berliner Programm, 1990

Kampagne gegen Grundgesetzänderung

Etappensieg der SPD-Basis

Trotz großem Medienwirbel der Kohlregierung für mehr „nationale Verantwortung" durch Entsendung deutscher Truppen in alle Welt und Unterstützung aus den Reihen der SPD-Spitze ist das Vorhaben der Parteivorstands, Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr zu ermöglichen, auf heftigen Widerstand an der SPD-Basis gestoßen. Diese Frage wird eine der umstrittensten beim Parteitag in Bremen Ende Mai sein. Von den 88 dazu vorliegenden Anträgen sprechen sich 66 (!) gegen jede Grundgesetzänderung aus.

Mit so viel Widerstand gegen ihre Pläne hatte die Parteiführung wohl kaum gerechnet. Die Debatten in den Ortsvereinen und Unterbezirken liefen zum Teil sehr kontrovers und stark polarisiert. VORAN-Unterstützer, andere Jungsozialisten und Alt-Linke mußten sich sowohl mit Geschäftsordnungstricks als auch mit dem Gesinnungswandel früherer Linker herumschlagen (siehe Berichte unten). Während an der Basis noch gestritten wurde, ob „keine Grundgesetzänderung" oder „Blauhelm-Aktionen", ging es an der Parteispitze schon um mehr.

Egon Bahr, Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung (!), forderte die generelle Teilnahme Deutschlands an der Aufstellung von UNO-Streitkräften. Der designierte SPD-Vorsitzende Engholm orakelte, bis zum Abzug der sowjetischen Truppen solle es „vorläufig" bei Friedensmissionen bleiben. Was sich danach warum für ihn ändert, hat er uns nicht wissen lassen.

Ingrid Matthäus-Maier, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende, kritisierte den Vorstandsbeschluß als nicht ausreichend. Sie verstieg sich sogar zu der Behauptung, Blauhelm-Aktionen würden „den internationalistischen Traditionen der Sozialdemokratie" noch nicht gerecht. Die frühere FDP-Abgeordnete, die nach der Wende 1982 zur SPD übertrat, hat wohl noch keine Zeit gefunden, sich mit den Traditionen der Arbeiterbewegung vertraut zu machen; schließlich hatte sie ja durchgehend ein Abgeordneten-Mandat auszufüllen. Andernfalls würde sie wissen, daß Zustimmung zu weltweiter Kriegsführung nicht zu den internationalistischen Traditionen, sondern gerade zum nationalistischen Sündenfall der SPD von 1914 gehört.

Diese Vorstöße einiger Spitzengenossen sind vermutlich nicht zufällig. Schließlich wird Kohl im Bundestag ja nicht eine Vorlage zur Grundgesetzänderung einbringen, die Bundeswehreinsätze nur auf Blauhelm-Missionen beschränkt. Es gibt viele denkbare Ansätze, in den Parteitagsbeschluß eine gewisse Öffnungsklausel für die Abgeordneten einzubauen. So könnte die Frage der Bundeswehr-Beteiligung z.B. mit der Forderung nach „Reformierung der UNO" verbunden werden. Sogar im Antrag des linken „Frankfurter Kreises" heißt es: „Solange die Vereinten Nationen nicht durch eine grundlegende Reform zu einem kollektiven System gemeinsamer Sicherheit geworden sind, gibt es keine Notwendigkeit für eine deutsche Beteiligung an UN-Friedenstruppen." Abgesehen davon, wie realistisch diese Forderung ist (Wie kann die UNO ein Friedensinstrument werden, so lange viele der Mitgliedsstaaten halbe oder ganze Diktaturen sind?): Was geschieht, wenn die Kohlregierung ein Engagement für eine Reform der UNO in Aussicht stellt? Dürfen die SPD-Abgeordneten dann seinen militaristischen Plänen erleichtert zustimmen oder nicht?

Wir müssen den Druck auf die Delegierten weiter aufrechterhalten. Zu viele angebliche Linke sind in dieser Frage schon „umgefallen". Und der Versuch wurde schon angekündigt, kurz vor dem Parteitag noch einen Kompromiß zu finden. Aber hier darf es keinen Kompromiß geben: Nein zur jeder Grundgesetzänderung!

Berichte von der Basis

Bremerhaven

Der Juso-Unterbezirk verabschiedete sowohl einen Antrag gegen eine GG-Änderung als auch die Durchführung verschiedener Aktionen, einschließlich einer Veranstaltung. Der Ortsverein Alt-Lehe führt in Zusammenarbeit der Juso-AG eine öffentliche Diskussionsveranstaltung zum Thema durch.

Auf dem Unterbezirksparteitag der Partei brachten linke Delegierte eine Dringlichkeitsresolution ein, die das Präsidium zunächst nicht behandeln lassen wollte. Die Beratung wurde per Mehrheitsbeschluß durchgesetzt. Bei der Abstimmung über den Antrag stellte das Präsidium ohne Auszählung eine Mehrheit dagegen fest, ignorierte Zurufe nach „Auszählen" und sorgte dann für sofortigen hektischen Abbruch der Konferenz.

Kassel

Auch die Kasseler Jusos engagierten sich mit öffentlichen Stellungnahmen gegen eine GG-Änderung. Auf dem SPD-Unterbezirksparteitag lag ein Leitantrag des Vorstands vor, in dem Blauhelmeinsätzen zugestimmt wurde. Dies stieß auf den entschiedenen Widerstand von Jusos und vielen Delegierten. Ein Vertreter der Jusos machte deutlich, daß die UNO lediglich ein Instrument der westlichen Industrienationen zur Durchsetzung ihrer imperialistischen Interessen ist. Bevor es zur Überweisung des umstrittenen Antrags an den Unterbezirksausschuß kam, setzte ein Juso durch, daß der Parteitag über den entscheidenden Kernpunkt abstimmen sollte. Bei dieser Abstimmung sprach sich der Parteitag dann gegen Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr aus.

Köln

Der Kölner Jusos sprachen sich geschlossen gegen jede GG-Änderung aus, konnte jedoch diese Position auf dem Kölner SPD-Parteitag nicht durchsetzen, obwohl die SPD-Linke eine satte Delegierten-Mehrheit hatte. Eine Reihe angeblicher Linker entdeckten nun auch die „gewachsene Verantwortung Deutschlands" und stimmten einem entsprechenden Gegenantrag zu, der dadurch die Mehrheit fand.

Während der Ortsverein Köln-Kalk fast einstimmig einen Juso-Antrag annahm, gab es im Ortsverein Köln-Sülz, wo gleich zwei Referenten für GG-Änderung auftraten, zwei Abstimmungen über einen von Jusos eingebrachten Antrag. Die erste ergab 17:15 für den Antrag, die zweite 16:16, worauf der Vorsitzende die Versammlung umgehend schloß.

Aachen

Der Juso-Unterbezirk Aachen bekräftigte seine Position gegen jede Ausweitung von Militäreinsätzen und führt eine öffentliche Veranstaltung zum Thema durch, die auch von drei Aachener Ortsvereinen unterstützt wird. Der Ortsverein Aachen-Eilendorf brachte einen entsprechenden Antrag gegen GG-Änderung beim SPD-Unterbezirksparteitag ein.

Der SPD-Vorstand legte einen Gegenantrag vor, der Blauhelm-Einsätze bei einer Reform der UNO erlauben wollte. Das Präsidium rief die Anträge erst am Ende des Parteitages auf und provozierte eine erregte Geschäftsordnungsdebatte. Trotz zweimaliger Aufforderung lehnte es die alternative Abstimmung der Anträge ab und ließ sie einzeln abstimmen. Beide Anträge erhielten mehr Nein- als Ja-Stimmen. Die Versammlung löste sich dann ohne gültigen Beschluß im allgemeinen Chaos auf.

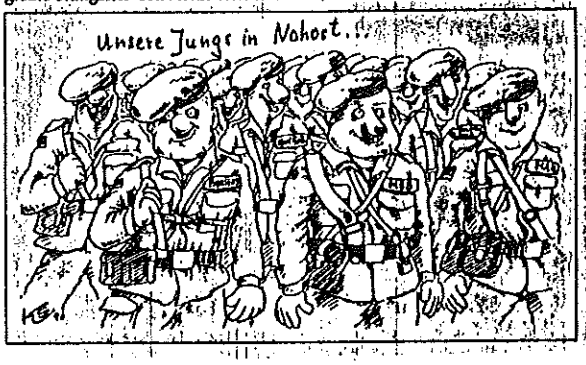
Stuttgart

Der Juso-Kreisverband sprach sich einstimmig gegen eine GG-Änderung und Blauhelm-Einsätze aus, der zweitgrößte Stuttgarter Ortsverein West mit nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung. Die Jusos führen auf Kreis- und AG-Ebene Aktionen und Veranstaltungen zum Thema durch.

Beim Stuttgarter SPD-Parteitag wurde der Juso-Antrag eingebracht, der mit 53:44 eine Mehrheit fand. Mittlerweile hat sich der Stuttgarter Parteivorstand überlegt, daß man den verabschiedeten Antrag noch „präzisieren" müsse und wird eine erneute Beschlußfassung beim nächsten Parteitag durchführen lassen. Der neue Vorstandsantrag spricht sich zwar auch gegen eine GG-Änderung aus, geht aber ausdrücklich davon aus, daß dies für Blauhelm-Einsätze nicht nötig sei.

Juso- und SPD-Unterbezirk in Nürnberg, der Ortsverein Fürth, der Ortsverein Remscheid-Lüttringhausen-Mitte verabschiedeten mit großer Mehrheit Anträge gegen jede GG-Änderung.

(Stand Redaktionsschluß 20.4.91)



Viele Jusos und SPD-Mitglieder beteiligten sich an den Demonstrationen gegen den Golfkrieg. Jetzt sollen sie ihre Zustimmung zu weltweiten Bundeswehr-Einsätzen geben?

Gegen jede Operation außerhalb des NATO-Gebietes

SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine und andere zeigen zunehmend Bereitschaft, eine Grundgesetz-Änderung mitzutragen, die den Bundeswehreinsatz im Rahmen der UNO ermöglichen soll. Dies verstößt eindeutig gegen den erklärten Willen der Partei.

Im Vorfeld des Münsteraner Parteitages 1988 hatte die Kohl-Regierung schon einmal versucht, das Operationsfeld der Bundeswehr auszuweiten. Auch damals ging es im Zusammenhang mit dem Golfkrieg und der Verlagerung von US-Schiffen aus dem Mittelmeer in den Golf darum, deutsche Schiffe ins Mittelmeer zu entsenden. Dies sollte die Schwelle für einen weitergehenden Einsatz senken.

Die SPD-Bundestagsfraktion vertrat die Ansicht, daß für Einsätze außerhalb des NATO-Gebietes eine Grundgesetz-Änderung nötig sei, was die Bundesregierung damals bestritt. Die SPD-Fraktion war jedoch gewillt, über eine GG-Änderung für Einsätze unter UNO-Flagge mit sich reden zu lassen. In diese damals aktuellen Debatte griff der Parteitag mit der Verabschiedung eines Initiativantrages ein, durch den die Fraktion zurückgepfiffen wurde. Die entscheidende Passage des Parteitagsbeschlusses lautet:

„Jeglicher militärischer Einsatz der Bundeswehr außerhalb des Vertragsbereiches des Bündnisses ist verfassungsrechtlich unzulässig. Die SPD wird sich jedem Versuch widersetzen, den bisher in dieser Frage bestehenden Konsens aller Parteien und Regierungen in Frage zu stellen. Selbst die Beteiligung der Bundeswehr an friedenssichernden Aktionen der Vereinten Nationen würde eine Ergänzung der Verfassung erfordern. Wir lehnen eine solche Beteiligung ab."

Über den letzten Satz, mit dem auch ein UNO-Einsatz abgelehnt wird, gab es eine längere Debatte auf dem Parteitag, in der u.a. Voigt, Gansel, Bahr die Möglichkeit der Verfassungsänderung offenhalten wollten und für die Streichung dieses Satzes eintraten. Der Satz wurde aber in einer gesonderten Abstimmung von der Mehrheit der Delegierten ausdrücklich beschlossen.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Aktuelles

Golfkrise

Bringt die UNO Frieden?

Kohl will Bundeswehrsoldaten im UNO-Auftrag am Golf aufmarschieren lassen. Nach der Bundestagswahl am 2. Dezember soll dazu das Grundgesetz geändert werden. Die Führung der SPD hat sich ebenfalls zu einer Grundgesetzänderung, die den Einsatz von Bundeswehrsoldaten in UNO-Truppen ermöglicht, bereiterklärt. Auf ihrem Parteitag in Münster 1988 hatte sich die SPD noch ausdrücklich gegen eine Bundeswehrbeteiligung an UNO-Truppen ausgesprochen.

Die Vereinten Nationen (UNO) sind der Zusammenschluß von 159 Staaten der Erde. Insgesamt gibt es 166 selbständige Staaten. Sie gibt vor, die gemeinsamen, friedlichen Interessen der Völker dieser Welt zu vertreten. Erklärter Hauptzweck der UNO ist die Sicherung des Weltfriedens. Die ernüchternde Bilanz: In den 45 Jahren UNO seit ihrer Gründung 1945 gab es international über 130 Kriege und militärische Konflikte mit mehr als 20 Millionen Toten. 1989 betrugen die weltweiten Rüstungsausgaben 1587 Milliarden DM.

Ein weiteres Ziel der UNO ist die „Wahrung der Menschenrechte". In ihrem Mitte 1990 vorgelegten Bericht klagte „Amnesty International" 138 Länder an, Menschenrechte durch Hinrichtungen, Folter, Mißhandlung sowie willkürliche Verfolgung und Festnahme zu verletzen. In 50% aller Staaten würden Gefangene gefoltert.

Bezeichnend für den Charakter der UNO ist auch das Beispiel Kambodscha. Rechtmäßiger Vertreter Kambodschas in der UNO ist nicht die derzeitige Regierung (die auch nicht demokratisch ist), sondern eine von Prinz Sihanouk angeführte Widerstandskoalition aus drei Gruppen, deren stärkste die Roten Khmer sind. Die Roten Khmer haben während ihrer vierjährigen Schreckensherrschaft mindestens eine Million Kambodschaner umgebracht. Der Grund: Die USA setzten bis vor einem halben Jahr auf Destabilisierung des Landes auf Kosten des vietnam- und moskauorientierten Regimes.

Und die Truppen dieser UNO sollten Frieden bringen?

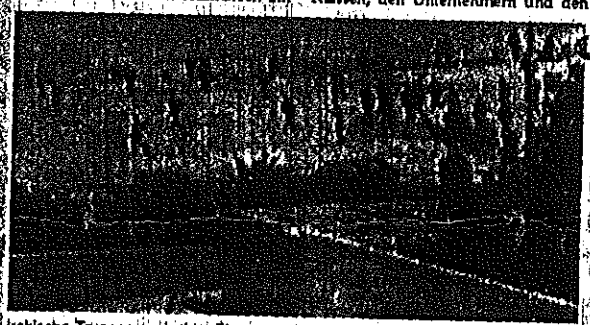
Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat einstimmig den Angriff Iraks auf Kuwait verurteilt und ein Embargo beschlossen. Dieser Sicherheitsrat, der in Fragen des Weltfriedens die alleinige Entscheidungsbefugnis besitzt, besteht aus 15 Mitgliedern. Davon sind fünf ständige Mitglieder, d.h. von niemandem gewählte, sondern selbst ernannte Mitglieder (China, Frankreich, Großbritannien, UdSSR und USA) und zehn nicht-ständige Mitglieder, die für jeweils zwei Jahre von allen Mitgliedern gewählt werden. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Stärke sind die Entscheidungen der fünf ständigen Mitglieder ausschlaggebend.

Jedes der fünf Länder hat seinen Beitrag zur Aufrüstung des Iraks und der übrigen Staaten am Golf geleistet, ebenso die BRD, der fünftgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Eher kann man den Bock zum Gärtner machen, als daß von diesen Staaten Frieden ausgeht.

„Ordnung"

Die UNO-Truppen, die sogenannten Blauhelme, haben meistens nur eine symbolische Stärke von mehreren hundert Mann. Ein größeres Kontingent von zeitweise 7000 Mann wird seit Februar 1989 in Namibia eingesetzt, das im März 1990 seine Unabhängigkeit erhielt. Die UNO-Truppen sollen die Ordnung im Lande garantieren, bis eigene Polizei und Streitkräfte diese Aufgabe übernehmen können. Gemeint ist die „Ordnung", wie sie auch im Nachbarland Südafrika herrscht. Ausbeutung der hauptsächlich schwarzen Arbeiter durch in- und ausländische Konzerne.

Wenn die UNO im Golfkonflikt den Menschen helfen wollte, dann könnte sie zuerst den hunderttausenden Arbeitern und ihren Familien helfen, die sich auf der Flucht in den Lagern in der Wüste befinden. Für den Aufmarsch am Golf geben UNO-Mitgliedsländer Milliarden aus – für die Flüchtlinge nur Klecker-Beträge.



Irakische Truppen nach dem Einmarsch in Kuwait.

Bush und Thatcher haben erklärt, sie hielten militärische Aktionen gegen Irak auch ohne Beschluß des UNO-Sicherheitsrates für legal. Der Internationale Gerichtshof, eine Einrichtung der UNO, verurteilte die USA bereits vor mehreren Jahren wegen Verletzung des Völkerrechts und illegaler Aggression zum Schadenersatz an Nicaragua. Die USA ignorierten das Urteil (das wohl eine seltene Panne war). Die imperialistischen und stalinistischen Staaten benutzen UNO-Beschlüsse wie Karten im Pokerspiel: Passen sie in ihr Blatt, nutzen sie sie propagandistisch aus, passen sie nicht, werfen sie sie weg.

Daß Saddam Hussein tausende Kurden, auch Frauen und ihre Kinder, mit Giftgas umbringen ließ – das alles war kein Grund für die USA, die BRD oder den Sicherheitsrat, ein Embargo gegen den Irak zu verhängen oder zu fordern. Der Diktator wurde weiter von ihnen unterstützt.

Betrachtet man jedes Mitgliedsland der UNO für sich, wird kein Mensch erklären können, warum ausgerechnet dieses Land die Menschenrechte in der Welt verteidigen sollte. Außenpolitik ist Fortsetzung der Innenpolitik und umgekehrt. Niemand wird von Thatcher erwarten, für die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter im Irak oder Kuwait einzutreten, während sie im eigenen Land die Gewerkschaften am liebsten zerschlagen möchte. Niemand wird von der Bundesregierung erwarten, sich für das Schicksal der Flüchtlinge in der Welt einzusetzen, während sie gleichzeitig im eigenen Land Asylbewerbern das Leben schwer macht und z.B. Waffenlieferungen an Diktaturen zuläßt.

Wie kann man annehmen, daß 159 Staaten, von denen jeder einzelne seine egoistischen außenpolitischen Ziele ohne Rücksicht auf irgendwelche „Menschenrechte" verfolgt, daß durch den Zusammenschluß dieser 159 Staaten in einer Organisation Namens UNO plötzlich ein Instrument zur Wahrung des Friedens und der Menschenrechte entsteht?

Im Interesse der Imperialisten

Die eigentliche Aufgabe der UNO ist die Aufrechterhaltung der Unterdrükkung und Ausbeutung der breiten Masse der Bevölkerung in der ganzen Welt. Sie will für Stabilität sorgen – im Interesse der Herrschenden.

Das Massaker der chinesischen Stalinisten an den Studenten im Sommer 1989 empörte die ganze Welt. Doch es schadete nicht den westlichen Ländern. Sie machten weiter munter ihre Geschäfte mit China. Deshalb hat die UNO das Massaker auch schon wieder „vergessen". Das weltweit vorherrschende System ist der Kapitalismus. Und er ist von grundauf nicht friedlich. In ihm gibt es den Gegensatz zwischen Klassen, den Unternehmern und den arbeitenden Menschen. Mit der zunehmenden Krisenhaftigkeit der Marktwirtschaft verschärft sich auch dieser Gegensatz. Weltweit gibt es den Widerspruch zwischen imperialistischen Ländern und der „3. Welt". Und es gibt die zunehmende Konkurrenz zwischen den kapitalistischen Ländern selbst.

Letzten Endes haben die stalinistischen Länder in der UNO kaum etwas zu melden, sondern drückt die UNO-Politik die Interessen der westlichen kapitalistischen Ländern aus. Weil die Stalinisten sich heute den Imperialisten unterwerfen und die gemeinsamen Interessen der westlichen Industrieländer im Vordergrund stehen, erhält in der Propaganda die „Weltgemeinschaft" wieder größere Bedeutung. Wenn jedoch der Konkurrenzkampf zwischen den USA, Japan und Europa in den nächsten Jahren schärfer wird, wird die Ohnmacht der UNO immer deutlicher werden. So erging es dem Völkerbund in den 20er und 30er Jahren.

Die Arbeiter und armen Bauern in allen Ländern haben aber die gleichen Interessen. Sie sind es, die mit ihrer Arbeit und ihrem Leben den Preis für Rüstung und Krieg bezahlen. Anfang September gab es in Bangladesch Hauptstadt Dhaka einen Generalstreik gegen die Entsendung einheimischer Truppen an den Golf. Das sollte ein Vorbild für die Arbeiterorganisationen aller Länder sein, deren Regierungen Waffen oder Soldaten dorthin schicken.

Statt einem Einsatz deutscher Soldaten im Rahmen von UNO-Truppen am Golf zu diskutieren, sollte die SPD-Führung die Enteignung der Rüstungsindustrie und deren Umstellung auf zivile Produktion unter Kontrolle der Gewerkschaften vorschlagen. Das wäre eine Maßnahme zum Schutz des Lebens sowohl der deutschen Jugendlichen als auch der Millionen Menschen im Irak und im Nahen Osten, die in einem Krieg vernichtet würden.

Georg Kümmel, Aachen
Jungsozialist

Ein Berater Präsident Bushs formulierte den Grund der US-Militäraktion am Golf so: „Wir brauchen das Öl. Es klingt gut, vom Eintreten für die Freiheit zu reden. Aber Kuwait und Saudi-Arabien sind auch nicht gerade Demokratien. Wenn ihre wichtigsten Exportprodukte Orangen wären, dann hätte ein mittlerer Beamter des Außenministeriums eine Stellungnahme (zur irakischen Aggression) abgegeben, und wir hätten das Außenministerium für den August geschlossen."

aus der „taz" vom 20.8.90

VORAN – Broschürenliste

Zeitung der Marxisten in SPD, Jusos und Gewerkschaften

Jugend für Sozialismus

Ein sozialistisches Programm gegen Wohnungsnot, Bildungsnotstand, Arbeitslosigkeit, Ausbeutung am Arbeitsplatz; gegen die Gefährdung der Welt durch Krieg und Umweltzerstörung; gegen den Stalinismus für eine sozialistische Demokratie, 52 Seiten, Format A4, (1988), 2,50 DM

Ist die Umwelt noch zu retten?

Zu den Themen Müll, Atomkraft, Verkehrschaos, Kriegsfolgen und Umweltpolitik der Kohlregierung. Wie hängt die marktwirtschaftliche Produktionsweise mit der Umweltzerstörung zusammen und warum gab es sie auch in den früheren stalisnistischen Ländern? – Arbeiterbewegung und Ökologie: wie kann die Umwelt noch gerettet werden? 34 Seiten, Format A4, (1992), 4,- DM

Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung

Artikelsammlung aus VORAN über die Zeit vor dem 1. Weltkrieg, die Revolution 1918 und die Spaltung der Arbeiterbewegung, den Kampf gegen den Faschismus, den Generalstreik 1948, die Große Koalition 1966 und 40 Jahre DDR, 40 Seiten, Format A4, (1989), 3,- DM

Marxistische Hefte Nr.1

Themen: Randale als Methode? + Was ist Imperialismus? + Panama + Nicaragua + Baltikum, Format A4, 16 Seiten, (April 1991), 2,- DM

Marxistische Hefte Nr.2

Themen: Jugoslawien + Sowjetunion + Die KP in Australien + Die Spaltung der KP in Italien + Leo Trotzki über die französische CGT, Format A4, 28 Seiten, (August 1991), 3,50 DM

VORAN-Faltblätter

Gegen Ausländerhetze und Neonazis

Argumente und ein Programm zum Kampf gegen Rassismus und Faschismus, 8 Seiten, Format A4, (November 1991), 1,-DM

Gegen Lohnverzicht und faule Kompromisse

Infodienst zur Tarifrunde 1992 mit Argumenten gegen die Lügen der Arbeitgeber, 12 Seiten, Format A4, 1,50 DM

Stalinismus – Zusammenbruch und weitere Perspektiven

Marxistische Thesen zu den Ursachen des Verfalls des Stalinismus und zu den Ergebnissen der revolutionären Bewegungen von 1989-1990, 36 Seiten, A5, (Dezember 1991), 3,- DM

Krieg und Frieden

Der Standpunkt von Marxisten, Artikelsammlung aus VORAN, 24 Seiten, Format A4, (1991), 3,- DM

Krieg und Revolution im arabischen Raum

Artikelsammlung aus VORAN, 24 Seiten, Format A4, (1991), 3,- DM

Lenins Kampf gegen den Stalinismus

Einleitung von Alan Woods sowie Originalbriefen, 39 Seiten, Format A5, 3,- DM

Reformismus oder Marxismus

Eine Antwort auf die 53 Thesen des Hannoveraner Kreis, 48 Seiten, Format A5, (1989), 2,50 DM

Als Augenzeuge in China

Bericht eines australischen Marxisten, der die Bewegung und das Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Mai, Juni 1989 miterlebt hat. 50 Seiten, Format A5, 2,- DM

Internationalismus gegen Imperialismus

Die deutsche Wiederbewaffnung aus der Sicht britischer Sozialisten von Ted Grant, Nachdruck von 1954, Format A5, 28 Seiten, 2,50 DM

Die Französische Revolution von 1789

24 Seiten, Format A5, 1,50 DM

Wahlkampfinfo 1990

8 Jahre Kohl = 8 Jahre Aufschwung für die Reichen, eine Bilanz der Kohlregierung, 16 Seiten, Format A4, 2,50 DM

Broschüre	Einzelpreis	Anzahl	Summe
Versandkosten			
Gesamtsumme			

Bestellungen bitte an: Redaktion VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Bankverbindung: Kto-Nr.: 2500 59-430, PGA Essen, BLZ 360 100 43.
Bei Bestellungen bis 20,-: nur gegen Vorkasse, Versandkosten 2,- (kann in Briefmarken beigelegt werden). Ab 20,- Versandkosten pauschal 4,- DM.